

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4506, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 06
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 06 25 Bundesgrenzschutz

Titel 111 01-041 Gebühren, sonstige Entgelte (Seite 144):

Der Ansatz wird um 262 000 TDM auf 307 748 TDM gekürzt.

Berlin, den 27. November 2000

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Begründung

1. Eine Erhöhung der Gebühren für die Flugsicherheit um 50 Prozent (entspricht 137 Mio. DM) würde letztendlich auf die Flugreisenden abgewälzt werden. Durch die Ökosteuer sind diese bereits unnötig belastet. Eine solche Gebühr ist deshalb abzulehnen.
2. Der Bund ist gehalten, auch weiterhin die Kosten für den Einsatz der Bundesgrenzschutz-Bahnpolizei zu übernehmen, da es sich hierbei um eine Staatsaufgabe handelt (125 Mio. DM). Mit der Ökosteuer und der Mehrwertsteuer ist die Deutsche Bahn AG im internationalen Vergleich jetzt schon unverhältnismäßig stark benachteiligt.

